

Kommunalwahlprogramm



- Dienst für unsere Heimat -

Vorwort

Wir von der Alternative für Deutschland verstehen uns als Volkspartei, weshalb uns die **kommunale Verwurzelung** ein besonderes Anliegen ist. Wenn durch die Alternative für Deutschland der **politische Druck** aus den Kommunen heraus auf die handelnden Akteure erhöht werden kann, dann kann auch eine echte **politische Veränderung** in Deutschland erreicht werden.

Wir verstehen uns als **freiheitliche Partei**, da wir uns gegen neue oder höhere Steuern aussprechen. Das gilt vor allem für die Kommunen in Deutschland. Kaum ein Bürger versteht mehr, daß in Deutschland **Rekordsummen an Steuereinnahmen** eingenommen werden, während trotzdem Jahr für Jahr die Steuern und Abgaben in den Kommunen erhöht werden.

Wir verstehen uns weiterhin als **soziale Partei**, da wir uns vor allem gegen **Altersarmut und Kinderarmut** aussprechen, aber auch an einer **wirklichen Prioritätenverschiebung** zu einer viel stärkeren **Familien- und Kinderförderung** interessiert sind. Finanzielle Mittel sind in Deutschland vorhanden, sie werden in unseren Augen jedoch zu häufig für falsche Projekte eingesetzt, was sich auch in den Kommunen widerspiegelt. So gibt es bspw. einen **Gleichstellungsbeauftragten**, aber keinen **Familienbeauftragten**.

Wir verstehen uns aber auch als **nationalkonservative Partei**, da wir uns für unsere deutsche Kultur und für unsere deutschen Werte einsetzen. Für uns ist das **Brauchtum** vor allem in unseren Kommunen nicht ersetzbar. In den letzten Jahren wurde gerade in diesem Bezug von der Substanz gelebt, wenn nicht sogar die **Substanz verzehrt**. Viele Heimatvereine haben aufgrund der Kürzungen der freiwilligen Leistungen kein Geld mehr. In vielen Orten wurden sogar die Heimathäuser verkauft, um das letzte Bißchen Tafelsilber noch zu Geld zu machen. Damit muß Schluß sein. **Unsere Identität ist nicht verhandelbar**.

Lebenswerte Kommunen und die Stärkung des ländlichen Raumes sind daher die Leitgedanken und Schwerpunkte unserer Kommunalpolitik der Alternative für Deutschland im Landkreis Börde. Was unseren **Bürgern und der Heimat** dient, ist für uns der Gradmesser für unsere kommunalpolitischen Entscheidungen.

Wir wollen die **kommunale Selbstverwaltung** garantieren und die **kommunale Eigenverantwortung** ermöglichen. Eingefahrene Verwaltungsabläufe müssen kritisch und konstruktiv hinterfragt und bürgerfreundlich gestaltet werden.

werden. Unsere Politik in den Kommunen ist eng abgestimmt mit der Politik der AfD im Land und im Bund. Durch verstärkten Druck aus den kommunalen Gremien, wollen wir eine **politische Wende** erreichen, die dazu führt, daß das erwirtschaftete Geld im Interesse unserer Bürger eingesetzt wird. Voraussetzung ist eine längst überfällige, **neue Prioritätensetzung** in der deutschen Politik, die wir mit unserer Arbeit und der Unterstützung der Bürger erzwingen werden. Überholte Vorgaben, die zu sozialen Härtefällen führen, müssen beseitigt werden. Daher setzen wir uns für die **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge** unserer Bürger ein. **Kostenfreie KITAs** sind ebenso unser Ziel. Hierfür bedarf es der finanziellen Unterstützung der höheren Ebenen, die einhergeht mit einem neuen **Gesetz zum Finanzausgleich**, um die Kommunen stärker zu unterstützen.

Wir wollen den **Gemeinsinn** und den **Zusammenhalt** der Bürger sowie Unternehmen stärken. Daher setzen wir uns für eine Vertiefung der kommunalen Zusammenarbeit und für regionale Kooperationen zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein. Im Bereich der Infrastruktur verzehren wir seit Jahren unsere Substanz. Dieses Ausmaß der Vernachlässigung ist umgehend zu beheben.

Der Wohlstand im Landkreis Börde wird durch den regionalen **Mittelstand** getragen, den es zu stärken gilt. Die politische und soziale Spaltung der Gesellschaft muß überwunden werden. Dazu sollen unsere Gemeinden und der Landkreis zu Orten gelebter und generationenübergreifender Gemeinsamkeit werden. Die **demographische Katastrophe** muß gestoppt und umgekehrt werden. Die AfD wird eine aktive **Kinder- und Familienpolitik** in den Kommunen fördern, um die Abwanderung zu stoppen und unsere Heimat zukunftssicher zu machen. Unsere Prioritäten zielen auf eine Erhöhung der **Freizeit- und Lebensqualität** in unserem Landkreis ab und somit auch auf die Wahrung unserer kulturellen Werte.

Rechtsstaatliches und nachhaltiges Verwaltungshandeln, welches die Belange und Bedürfnisse unserer Bürger vor Ort vernünftig und transparent abwägt, bestimmen dabei unsere kommunalen Aktivitäten. Die Politik zum Selbstzweck, der Mißstandsverwaltung und des Niedergangs muß ein Ende haben. Wir sind Bürger aus allen Schichten der Gesellschaft und stellen uns konstruktiv und mutig in den Dienst für unsere Heimat.

Kreisvorsitzender Steffen Schroeder

Mit Ihrer Stimme zur Kommunalwahl machen wir die Politik im Landratsamt, in den Rathäusern und in den Behörden zum Prüffall - mit folgenden Zielstellungen:

1. Transparente und bürgernahe Politik

Die Alternative für Deutschland setzt sich im Landkreis Börde für mehr Transparenz in der Kommunalpolitik ein. Die Verwaltung muß viel bürgerfreundlicher und serviceorientierter werden und sich als Dienstleister am Bürger verstehen. Die Entscheidungen der Räte sind zugänglicher zu machen. Ein Livestream von Ratssitzungen und Meinungsäußerungen der Fraktionen im Amtsblatt fehlen aktuell vollständig.

Dazu fordern wir, daß:

- eine stärkere basisdemokratische Einbeziehung der Bürger ermöglicht wird!
- namentliche Abstimmungen auf Antrag einer Fraktion im Kreistag ermöglicht werden!
- die Bürgerfragestunde auf drei Fragen erweitert wird und daß die Einschränkung bzgl. Tagesordnung wegfällt!
- die Ratssitzungen zukünftig aufgezeichnet werden und auf der Internetseite des Landkreises übertragen werden!
- politische Meinungsäußerungen der Fraktionen zu aktuellen Fragen und Themen im jeweiligen Amtsblatt eingebracht werden können!
- der Kreisausschuß aufgelöst wird und mindestens in einen Hauptausschuß, einen Finanzausschuß und einen Rechnungsprüfungsausschuß zerlegt wird!

2. Haushalt, Verwaltung und Finanzen

Dem Bürger ist nicht weiter zu vermitteln, wie Deutschland seit fünf Jahren sprudelnde Steuereinnahmen verzeichnen kann, während dennoch Jahr für Jahr die Steuern und Abgaben in den Kommunen erhöht werden. Die Finanzausstattung der kommunalen Familie durch Land und Bund muß deutlich gestärkt werden. Die Grundzuweisungen an die Kommunen sind zu erhöhen, während die „Fachförderung“ und damit einhergehende Fehlinvestitionsanreize in den Kommunen verringert werden. Damit verbunden ist eine konsequente Überprüfung aller Haushaltspositionen, damit die Wiedererlangung kommunaler, finanzieller Handlungsspielräume gelingt. Die öffentlichen Haushalte dürfen nicht auf dem Rücken der Kommunen saniert werden.

Dazu fordern wir, daß:

- der Steuerverschwendung konsequent begegnet wird und daß Nachträge nicht einfach abgenickt werden!
- Fehlplanungen konsequent nach Verursacherprinzip geahndet werden!
- die Zentralisierung der Verwaltung im Landkreis Börde auf Bürgerfreundlichkeit überprüft und ggf. rückgängig gemacht wird!
- die Kreisumlage nicht weiter ansteigt. Den Gemeinden muß eine auskömmliche finanzielle Ausstattung erhalten bleiben!
- der Kreistag sich dafür einsetzt, das Finanzausgleichsgesetz zu Gunsten der Kommunen zu reformieren!
- externe Berater- und Gutachterleistungen eingedämmt werden und daß jede Fremdleistung von der Verwaltung begründet und vom Kreistag abgestimmt wird!
- der Haushalt als Bürgerhaushalt verständlich und kompakt für alle Bürger zusammengefaßt wird. Die Sachkonten sind allgemeinverständlich zu gestalten!
- flächendeckend Bürgerinformationszentren und Online-Anwendungen eingeführt werden. Die kommunale Verwaltung muß insgesamt moderner, bürgerfreundlicher und somit bürgernaher werden!

3. Wirtschaft und Arbeit

Eine starke Wirtschaft sichert die Zukunft unseres Landkreises. Das Rückgrat einer starken und nachhaltigen Wirtschaft ist der regionale Mittelstand. Die Einnahmen aus Gewerbesteuern, Grundsteuern und Einkommensteuern bilden die finanzielle Grundlage unseres Landkreises. Ziel der Wirtschaftspolitik im Landkreis Börde muß sein, daß möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen, wohl jedoch die Voraussetzung um gute, sichere und zukunftsfähige Arbeit anzusiedeln. Bei der Ansiedlung soll darauf geachtet werden, daß regionalen Unternehmen der Vortritt gewährt wird, damit die Steuern auch vor Ort bezahlt werden.

Dazu fordern wir, daß:

- die Informationsstelle im Landkreis, die alle Wirtschaftenden ständig aktuell über jedwede Fördermöglichkeit informiert, erweitert wird!
- das regionale Handwerk gestärkt wird, indem bei der Vergabe von öffentlichen Leistungen die regionale Wirtschaftlichkeit in den Fokus der Bewertung rückt. Der EU Ausschreibungszwang ist zu lockern!
- die Unternehmen vor Ort gestärkt und somit Standorte gesichert werden. Es sollen regionale Qualitätssiegel geschaffen werden, welche die Produktion und den Konsum vor Ort fördern!
- die Wirtschaftsförderung entbürokratisiert und vereinfacht wird. Wir wollen Selbsthilfe statt Verbrüsselung!
- Sofortmaßnahmen gegen eine weitere Verödung der Innenstädte ergriffen werden. Der Kreistag soll ein Konzept für die Gemeinden erstellen und entsprechende Hilfe leisten, bspw. durch finanzielle Förderung für Sanierungen von Altbauten und zur generellen Erhaltung der Ortskerne!

4. Infrastruktur und Verkehr

Deutschlandweit wurden die Investitionen für Kreisstraßen und Gemeindestraßen in den letzten Jahren immer mehr zurückgefahren. Beim Bau neuer Straßen wurde häufig dem billigsten Anbieter der Zuschlag erteilt, was am Ende zu enormen Preissteigerungen oder maroden Bauten führte. Der Landkreis Börde hat mit 586 km (Stand 1. Januar 2018) das größte Kreisstraßennetz und die höchsten Unterhaltskosten in Sachsen-Anhalt, weshalb hierauf ein besonderer Fokus zu legen ist. Nichtsdestotrotz verzeichnet der Landkreis Börde aktuell alleine im Straßenbau einen Investitionsstau von ca. 60 Millionen Euro. Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß der Nahverkehr gerade für Alte und Schüler nicht weiter abgebaut werden darf. Dieser muß entsprechend der Bürgerbedürfnisse gestaltet werden.

Dazu fordern wir, daß:

- die Straßenausbaubeiträge der Bürger vollständig abgeschafft werden!
- der Kreistag dem Land aufzuzeigen hat, daß mehr Mittel für Straßen nötig sind!
- die Prioritätenliste zur Straßensanierung für den Kreis und für die Gemeinden vorrangig abgearbeitet wird!
- die Takte des ÖPNV mit den Schulen bedarfsgerecht abgestimmt werden!
- der ländliche Raum wieder basierend auf den Bedürfnissen vor Ort für den ÖPNV erschlossen wird. Das gilt auch abends, an Feiertagen und unabhängig vom Schulbetrieb!
- der ÖPNV für alle Bürger des Landkreises Börde kostenlos wird!
- die Bauvorhaben verschiedener Träger effizienter koordiniert werden, um eine Häufung der Baustellen zu verhindern!

5. Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz

Die Landwirtschaft ist ein bedeutsames Rückgrat des ländlichen Raumes. Wir treten für eine regionale, nachhaltige und ökologisch verträgliche Landwirtschaft ein. Wir wollen einen Umweltschutz in enger Zusammenarbeit mit denen, die in der Natur arbeiten und leben. Der Boden im Landkreis Börde zählt weltweit zu den besten. Diesen gilt es vor weiterer Versiegelung zu schützen. Die ethischen und moralischen Aspekte der Tierhaltung sind zwingend zu beachten und staatlich zu kontrollieren. Die Verantwortung gegenüber dem Leben, der Gesundheit und dem Wohlbefinden unserer Nutztiere darf nicht vorrangig dem industriellen Kommerz unterliegen. Dies fördert auch langfristig unser aller Gesundheit.

Dazu fordern wir, daß:

- die weitere Versiegelung von Ackerboden für gewerbliche oder industrielle Projekte vermieden wird. Die Möglichkeit der Nutzung von Industriebrachen oder landwirtschaftlich schlecht nutzbaren Flächen ist zu prüfen!
- keine weiteren Solarparks auf Ackerflächen gebaut werden!
- die weitere Verspargelung durch einen sofortigen Ausbaustopp von Windkraftanlagen verhindert wird!
- Ackerland vor Spekulationen bewahrt wird. Wir müssen unseren Landwirten in schlechten Zeiten unter die Arme greifen!
- Biogasanlagen nur ohne Monokulturen und nicht in der Nähe von Wohngebieten gebaut werden!
- die Budgets für lokale Tierheime erhöht werden!
- eine regelmäßige und einheitliche Kontrolle von tierhaltenden Betrieben durchgeführt wird!
- die Unterstützung von Vereinen und Hobbyhaltern, die seltene und alte Tierrassen erhalten wollen, verbessert wird!

6. Abfallwirtschaft, bezahlbare Gebühren, Müllimporte stoppen!

Kommunale Gebühren und Beiträge müssen für die Bürger bezahlbar bleiben. Bei der Kostenkalkulation für Trinkwasser, Abwasser- und Abfallentsorgung ist die Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen zu beachten. Illegale Müllentsorgung muß härter bestraft werden. Das Bewußtsein für eine saubere Umwelt ist zu fördern. Neue Deponien sollen abgelehnt werden, da der Abfallwirtschaftsplan des Landes keinen Bedarf sieht. Der Import – insbesondere aus dem Ausland - von Müll in unsere Heimat muß verhindert werden. Die Kommunen sollen mehr Mitspracherecht bei den Plan- und Genehmigungsverfahren haben!

Dazu fordern wir, daß:

- die Zockerei mit Derivaten in Abwasserzweckverbänden schonungslos aufgeklärt wird!
- überregionale Mülltransporte unterbunden werden. Der Hausmüll des Landkreises muss ausschließlich in bestehenden Anlagen bzw. Deponien vor Ort verbrannt und entsorgt werden!
- entsorgungswilligen Bürgern muß jeglicher Müll ortsnah und kostengünstig abgenommen werden, um Fremdentsorgung zu verhindern!
- keine Hochmülldeponielandschaft im Landkreis entsteht! Die Planfeststellung ist zu überprüfen!
- keine Deponien in der Nähe von Wohngebieten gebaut werden!
- die Standortsicherheit des gesamten Deponiegeländes ganzheitlich betrachtet wird!

7. Ländliche Gesundheitsversorgung

Keine Profitgier mit der Gesundheit der Menschen. Die Zustände in den privatisierten Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt werden immer häufiger als dramatisch geschildert. Die Bezahlung der Mitarbeiter ist oft schlecht und die Qualität gibt Anlaß zu Diskussionen in der Öffentlichkeit. Die Gesundheitsversorgung in den ländlichen Regionen weist enorme Lücken auf. Immer weniger Ärzte lassen sich auf dem Land nieder.

Dazu fordern wir, daß:

- private Krankenhäuser nach einem Bürgerentscheid zurück in die öffentliche Hand gegeben werden können!
- eine Unterstützung von Ärzten bei der Suche nach geeigneten Praxisräumen eingerichtet wird!
- Landärzte durch zinsgünstige Kredite und weiterer finanzieller Anreize zur Ansiedlung bewegt werden!
- eine Gemeindeschwester nach Vorbild der DDR eingeführt wird!
- regionale medizinische Versorgungszentren für die Notfallbehandlung in den Gemeinden errichtet werden!
- die Apothekenversorgung im ländlichen Raum gewährleistet wird!

8. Jugend und Familien fördern, Senioren achten!

Wir stehen für eine zukunftsorientierte kommunale Behinderten- und Seniorenpolitik. Dazu bedarf es einer bedarfsgerechten Einbeziehung und ganzheitlichen Unterstützung älterer sowie behinderter Menschen und ihrer Familien in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Pflege sowie Bildung und Kultur. Kommunalpolitik muß insbesondere die Mobilität und Nahversorgung der älteren Generation im Blick haben. Dem Wunsch der Bürger, auch im Fall von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu bleiben, wollen wir kommunalpolitisch berücksichtigen. Des Weiteren setzen wir uns für eine aktivierende Familienpolitik ein. Wir wollen der demographischen Katastrophe durch eine Förderung von Geburten im Landkreis begegnen.

Dazu fordern wir, daß:

- die KITA-Gebühren vollständig abgeschafft werden!
- KITAs in allen Ortschaften erhalten bleiben!
- höhere Budgets für unsere Jugendclubs in den Haushalten eingestellt werden!
- Kinder- oder Familienbeauftragte statt Gleichstellungs- und Gender-„Experten“ eingestellt werden!
- die Barrierefreiheit in allen Behörden, kulturellen Einrichtungen und auf Gehwegen gewährleistet wird. Dazu zählen auch akustische und sensomotorische Orientierungshilfen!
- Jugend- und Seniorenbeiräte in allen Kommunen geschaffen werden!
- ein einheitliches und flächendeckendes Baby-Willkommenspaket eingeführt wird!
- Mehrgenerationenhäuser mit KITAs und Seniorenheimen zusammengefaßt werden!

9. Bildung – Schulen erhalten!

Gute Schulen mit ausreichend Lehrern und einem großen Angebot an Aktivitäten nach der Schule sind Voraussetzung, damit der Landkreis Börde einen Standortvorteil erlangen kann, um Einwohner für unseren Kreis zu gewinnen. Wir wollen die Standorte erhalten und die Entwicklung unserer Schulen mit einer modernen Ausstattung sichern.

Dazu fordern wir, daß:

- alle Schulstandorte im Landkreis Börde erhalten werden. Auch Zwergschulen sollen möglich sein!
- es keine weitere Zentralisierung der Berufs-, Fach- und Fachoberschulen geben wird!
- eine zeitgemäße technische Ausstattung der Schulen gewährleistet wird!
- es ein Bekenntnis zum bestehendem dreigliedrigem Schulsystem und eine Stärkung dieses Schulsystems gibt!
- die Schuleinzugsbereiche flexibel gestaltet werden!
- Besuche von Kreis-, Stadt- und Gemeinderatssitzungen für Schüler einmal im Jahr zum Pflichtschulprogramm gehören!
- es keine verpflichtenden Besuche von Schülern in muslimische und andere religiöse Einrichtungen geben wird!
- der Kriminalität an Schulen energisch entgegengetreten wird!
- Projekte für gemeinsame Schulkleidung unterstützt werden!

10. Kultur und Tourismus:

Der Landkreis Börde ist reich an Kultur und damit attraktiv für Touristen. Verschiedene Wanderwege, Radwege und Straßen sind unterschiedlichen Epochen gewidmet. Es gibt Gebiete, die für einen sanften Tourismus bereits gut erschlossen sind. Industrie, Natur und Heimatmuseen sind weitere Faktoren, die unseren Kreis hervorheben.

Dazu fordern wir, daß:

- die Radwanderwegenetze im Kreisgebiet verknüpft, erhalten und ausgebaut werden!
- die Ausschilderung für Wanderwege und touristische Ziele verbessert wird!
- die seltenen Sammlungen, Parks und bedeutenden Museen im Kreis stärker unterstützt werden!
- regelmäßige Treffen aller im Tourismus tätigen Akteure unabhängig von Verbänden stattfinden. Die Doppelstrukturen müssen abgebaut werden!
- ein modernes Besucherinformationsleitsystem erarbeitet wird!

11. Sport, Vereine und Ehrenamt

Ohne die Arbeit von Ehrenamtlichen kann unser Gemeinwesen nicht mehr existieren. Brandschutz, Hochwasserschutz und Katastrophenschutz werden vorwiegend von Ehrenamtlichen sichergestellt. Die Vereinsarbeit zur Pflege der Kultur, zum Sport und in vielen anderen Bereichen ist ohne die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht mehr möglich. Diesen Ehrenamtlichen ist nicht nur durch Urkunden und warmen Worten zu danken, sondern auch mit tatsächlicher Unterstützung. Die Unterstützung ist deswegen so wichtig geworden, da die soziale Integration in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat. Viele Menschen fühlen sich enturzelt. Dieses Gefühl wird bestärkt, wenn vor Ort das Dorfgemeinschaftshaus verkauft und das kulturelle identitätsstiftende Dorfleben zusehends zum Erliegen kommt.

Dazu fordern wir, daß:

- Ehrenamtskarten eingeführt werden, damit Ehrenamtliche Vorteile in Einrichtungen des Kreises und der Gemeinden bekommen!
- eine Hilfe- und Informationsplattform bei Anträgen zu Fördermitteln sowie klare Richtlinien geschaffen werden!
- Sportanlagen erhalten werden und daß der Ausbau moderner Freizeitanlagen im Kreisgebiet gefördert wird!
- die Schwimmbäder vor Ort erhalten werden und ggf. in Naturfreibäder umgewandelt werden!
- die ehrenamtliche Vereinsarbeit finanziell gefördert wird. Es soll keine weiteren finanziellen Belastungen für Vereine geben!
- vor Ort die Heimat- und Dorfgemeinschaftshäuser erhalten werden und Heimat- und Bürgervereine mit größerer Priorität bedacht werden!
- eine flächendeckende Feuerwehrrente eingeführt wird!
- die Räte im Landkreis Börde ein gemeinsames Konzept zur Förderung der ehrenamtlichen Betätigung erarbeiten!

12. Islam, Innere Sicherheit und Katastrophenschutz

Wir verfolgen eine konsequente Politik gegen Asylmißbrauch und stehen gegen die weitere Islamisierung durch einen politischen Islam. Hier wird die AfD eine klare Blockadehaltung einnehmen. Es gilt, daß Moscheebauten im Landkreis Börde mit allen legalen politischen Mitteln zu verhindern sind. Bereits abgelehnte Asylbewerber sollen nicht mehr in Wohnungen des Landkreises, sondern bis zu ihrer Abschiebung in Landeseinrichtungen untergebracht werden. Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene dafür ein, daß Abschiebungen konsequent umgesetzt werden. Umtriebe von Islamisten in Vereinen müssen unterbunden werden. Grundsätzlich gilt: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Die Polizei ist besser mit den Kommunen zu vernetzen. Insgesamt soll die Prävention deutlich verbessert werden.

Dazu fordern wir, daß:

- Bauanträge für Moscheen konsequent abgelehnt werden!
- sofort die Gemeinnützigkeit von Vereinen bei islamistischer Betätigung seiner Mitglieder entzogen wird!
- keine neuen Asylheime ohne Einbeziehung der Bevölkerung und Entscheidungsträger vor Ort gebaut werden! Sagt ein Ort NEIN, ist das zu akzeptieren!
- die Rückkehrbereitschaft von sogenannten Flüchtlingen durch eine zentrale Unterbringung erhalten bleibt!
- steuerfinanzierte Integrationskurse abgeschafft werden! Die Integration ist eine Bringschuld wahrer Einwanderer!
- die gesetzlichen Mindestrettungszeiten für Rettungsdienste (12 Minuten in 95% der Einsatzfälle) eingehalten werden!
- ein ehrenamtlicher Sicherheitsdienst zur Entlastung der Polizei von allen nichtpolizeilichen Aufgaben von der Kommune einberufen werden kann wie bspw. in Brandenburg!